

Editorial

Julia Hofmann und Matthias Schnetzer

Der globale Überreichtum ist in den vergangenen Jahren rasant gewachsen und wurde auch durch die jüngsten Krisen nicht gebremst. Im Gegenteil, denn laut dem „World Inequality Report 2022“ ist der Vermögensanteil der weltweiten reichsten 0,01 % auch in den Pandemie Jahren weiter gestiegen und beträgt mittlerweile 11 %. Auch der „Global Wealth Report 2022“ der Credit Suisse zeigt, dass sich die Zahl der Überreichen mit mehr als 50 Millionen US-Dollar Vermögen seit 2019 verdoppelt hat. Für Österreich berechnete das Magazin „trend“, dass die 100 reichsten Menschen ihr Vermögen während der Pandemie um 15 % steigern konnten, während Hunderttausende durch Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit oder jüngst durch die Teuerungswelle in finanzielle Notlagen gerieten.

Während die privaten Vermögen in den Händen einiger Weniger kontinuierlich steigen, ist in den letzten Jahrzehnten in vielen Ländern auch ein deutlicher Rückgang des öffentlichen Vermögens zu beobachten. Gleichzeitig wird vielerorts aber genau eine Rückkehr des Staatlichen bzw. des Öffentlichen gefordert. Dies hängt nicht nur damit zusammen, dass die unverzichtbare Bedeutung öffentlicher (Gesundheits-) Leistungen durch die Pandemie wieder vermehrt ins Bewusstsein öffentlicher Debatten gerückt ist. Es zeigt sich auch ein längerer Trend der Kritik an den Auswüchsen eines kapitalistischen Systems, das den Reichtum einiger Weniger und damit die zunehmende soziale Ungleichheit fördert, sowie über den immensen Überreichtum eine hohe Machtkonzentration in privater Hand zur Folge hat. Die umfassenden Debatten rund um die Übernahme von Twitter durch den Milliardär Elon Musk sind nur eines der jüngsten Beispiele hierfür.

Zwar ist die Kapitalismuskritik so alt wie der Kapitalismus selbst, allerdings zeigt sich in den jüngeren Auseinandersetzungen doch eine neue Dimension: Die Frage des (Privat-) Eigentums wird wieder diskutiert und mit Fragen der sozialen Ungleichheit und des Überreichtums kombiniert. Dies wird nicht nur bei der Debatte um die zunehmende Monopolisierung im Bereich der digitalen Konzerne¹ ersichtlich, sondern insbesondere auch im Wohnungssektor. Gerade in diesem Bereich wird die soziale Frage in den letzten Jahren besonders deutlich: Wohnungen am privaten Mietmarkt werden immer teurer, während die Spekulation mit Immobilienvermögen weiter zunimmt.

Rund um die Wohnungsfrage haben sich in den letzten Jahren daher einige Initiativen formiert, die dezidiert Formen der Wiederaneignung privaten Eigentums ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Über die Ländergrenzen hinaus bekannt, ist in diesem Zusammenhang wohl die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co enteignen“,² eine Bürger:inneninitiative aus Berlin, die 2021 einen erfolgreichen Volksentscheid über die Enteignung und Vergesellschaftung privater Wohnungsunternehmen erreicht hat. „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ hat in Deutschland bereits weite Kreise gezogen:

Im Rahmen einer sehr gut besuchten „Vergesellschaftungskonferenz“ wurden im Herbst 2022 auch zahlreiche Ideen für Nachfolgeprojekte gesammelt, eines der bekanntesten ist wohl „RWE & Co enteignen“, eine Initiative, die sich mit Fragen der Vergesellschaftung im Energiesektor auseinandersetzt.

Doch auch vor dem kleinen Österreich macht der Enteignungsbegriff nicht Halt: Wie auch in Deutschland entzündet sich die Debatte hierzulande v.a. an der Wohnungsfrage. So hat die Stadt Innsbruck im Sommer 2022 den Wohnungsnotstand erklärt und damit den Boden für die erstmalige Anwendung des Bodenbeschaffungsgesetzes aus dem Jahr 1974 aufbereitet, welches bei Bedarf auch Enteignungen im Bereich der Immobilien ermöglicht. Die im Untertitel dieses *Kurswechsel*-Heftes verwendeten Begriffe der Wiederaneignung, des gesellschaftlichen Eigentums und der demokratischen Kontrolle sind derzeit also in aller Munde.

So weit, so wenig verwunderlich, könnte man meinen. Schließlich war die Eigentumsfrage historisch schon immer zentral für die gesellschaftliche Linke. Schon die Marx'sche Kapitalismuskritik stellte das Privateigentum (an Produktionsmitteln) ins Zentrum der Analyse. Historisch stand auch die Notwendigkeit des Aufbaus von Staats- bzw. öffentlichem Eigentum und Vermögen als Alternative zu Privateigentum im Zentrum vieler linker, politischer Bemühungen. Und mit der Allmende gibt es auch eine lange, ursprünglich aus der Landwirtschaft stammende, Tradition gemeinschaftlichen Eigentums, das in späteren Debatten meist im Begriff der *commons* seinen Niederschlag fand.

Mit dem Ende des realexistierenden Sozialismus und dem Aufstieg des Neoliberalismus wurde es für einige Zeit allerdings recht still um den Begriff des (Privat-)Eigentums. Wenn, dann wurden die Debatten in der Tendenz eher von rechter Seite aufgegriffen, um linke Kritik an den sozialen Folgen unseres Wirtschaftssystems zu desavouieren. Man wolle doch nur (die Fleißigen) enteignen, um selbst (faul) auf großem Fuß leben zu können. Erst die sozialen und ökonomischen Entwicklungen der letzten Jahre und die sozialen Bewegungen, die diese kritisierten, öffneten diesen Diskursraum wieder. Was die aktuellen Debatten und Initiativen auszeichnet ist, dass sie nicht nur an den, verschüttet geglaubten, historischen Traditionen der Linken ansetzen. Sie kritisieren soziale Ungleichheiten und Überreichtum auch nicht nur und setzen sich für eine Umverteilung *ex-post* ein. Über die Re-Politisierung des Eigentumsbegriffs versuchen sie die Wurzeln der sozialen Ungleichheit ins Zentrum ihrer Kritik zu stellen und diese auch *ex-ante* zu bekämpfen.

Obwohl gesellschaftliche Debatten über Überreichtum und Organisationsformen privaten Eigentums eine historische Kontinuität aufweisen, sind sie ständigem sozialen und wirtschaftlichen Wandel unterworfen. Durch den Druck systemimmanenter Expansionsstrebens wurden nationale Grenzen und Handelsbarrieren gesprengt, Liefer- und Wertschöpfungsketten global (re)strukturiert und die internationale Mobilität von Kapital erleichtert. Die Globalisierung hat den national- und sozialstaatlichen Zugriff auf Vermögen zweifellos erschwert und durch komplexe multinationale Unternehmenskonstruktionen verschleierte Eigentumsverhältnisse erfordern neue Ansätze zur Überwindung von Vermögens- und Machtungleichheiten. Rasanter technischer Fortschritt und strukturelle Veränderungen im Produktionsprozess haben in den letzten Jahrzehnten zudem neue (digitale) Vermögenswerte hervorgebracht, die auch im Gerechtigkeitsdiskurs neue Herausforderungen mit sich bringen. Diese Gemengelage aus zunehmender,

internationaler Verschränkung und technologischem Wandel verlangt von den immer noch großteils auf nationalstaatlicher Ebene agierenden politischen sowie rechtlichen Institutionen laufende Adaptierungen und Restrukturierungen der regulatorischen und juristischen Rahmenbedingungen. Auch für soziale Bewegungen bedeutet dies eine Herausforderung, da sie die richtigen Adressat:innen für ihre Forderungen ausmachen und die politisch geeignete Ebene für Eigentumsfragen herausarbeiten müssen.

Andererseits bieten neue technische Möglichkeiten und supranationale Bündnisse auch historisch einmalige (aber bislang ungenutzte) Chancen zur besseren Erfassung von Vermögen und Eigentum sowie der sozialstaatlichen Korrektur ihrer Konzentration. Denn mithilfe digitaler Technik lassen sich auch Steuern administrieren, die in der Vergangenheit aus technischen Gründen als kaum praktikabel galten und einfach umgangen werden konnten. Die Erfassung und Verknüpfung von Vermögensdaten sind im digitalen Zeitalter einfacher geworden. So wäre es rein technisch durchaus möglich, Bankkonten und Wertpapierdepots zu verknüpfen, Immobilien über digitale Grundbücher, aktuelle Geodaten und vorhandene Preisspiegel flächendeckend zu bewerten, komplexe Unternehmensstrukturen ihren Eigentümer:innen zuzuschreiben, oder Yachten und Privatflugzeuge den Besitzer:innen zuzurechnen. Auch in Österreich wurden in den letzten Jahren Grundlagen geschaffen, die Fortschritte in der Erfassung von Vermögenswerten erlauben. Zu nennen wären etwa das Kontenregister im Finanzministerium, das aktuell allerdings keine Kontostände oder Umsätze speichert, oder das von der EU vorgeschriebene „Register der wirtschaftlichen Eigentümer“ (WiERe), das im Kampf gegen Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung die Eigentumsverhältnisse von Unternehmensgruppen dokumentiert.

Die auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine folgenden Sanktionen gegen regimenaher Oligarchen gipfelten in der Suche nach den in der ganzen EU verstreuten Vermögenswerten und zeigten zudem die grundsätzlichen Möglichkeiten, Eigentum zu erfassen. Schon seit geraumer Zeit mehren sich aus der Spitzenforschung die Rufe nach einem globalen Vermögensregister, das etwa vom renommierten Verteilungsökonom Thomas Piketty oder dem Experten für Steuervermeidung Gabriel Zucman gefordert wird. Da sich in vielen Ländern nach der Abschaffung allgemeiner Vermögenssteuern die Datenbasis für Vermögen drastisch verschlechterte, wäre ein solches Transparenzregister auch die Grundlage für eine informierte öffentliche Debatte über Reichtumskonzentration.

Global agierendes Kapital und weltweit verstreuter Vermögensbesitz können durch internationale politische Kooperationen und Initiativen am effektivsten verwaltet werden. Ernsthafte Bestrebungen sind noch sehr selten, die Möglichkeiten sind aber durchaus vorhanden. Ein Beispiel ist die von der Europäischen Kommission im Jahr 2021 neu gegründete „Steuerbeobachtungsstelle“ (EU Tax Observatory), die den Kampf gegen Steuermissbrauch unterstützen und Forschung über Besteuerung in einer globalisierten Welt betreiben soll. Die Seriosität des Unterfangens wird dadurch untermauert, dass die Leitung dem bereits genannten Ökonomen Gabriel Zucman übertragen wurde, der sich auch in der Frage der Reduktion von Vermögenskonzentration und Überreichtum mehrfach explizit geäußert hat. Zuletzt generierte die Einrichtung im Herbst 2022 öffentliche Aufmerksamkeit mit Vorschlägen zu einer EU-weiten moderaten Übergewinnsteuer auf die Zufallsprofite großer Konzerne.

Die Reduktion von Vermögensungleichheit und die Vermeidung von Überreichtum ist somit keine Frage der technischen Umsetzbarkeit, sondern des politischen Willens. Die Präferenzen der Bevölkerung für eine ausgeglichene Verteilung privaten Vermögens sowie eine sozialstaatliche Korrektur der Reichtumskonzentration spiegeln sich in zahlreichen Umfragen wider. Laut European Social Survey 2018 halten drei Viertel der Menschen in Österreich die Vermögensunterschiede für zu hoch. Dutzende Umfragen belegen den Wunsch der Bevölkerung nach Vermögensteuern, nicht nur aber vor allem in Zeiten ökonomischer Krisen. Zuletzt maß das von SORA durchgeführte Volkshilfe-Sozialbarometer eine Zustimmung von gut 80 % für die Besteuerung der Reichen zur Finanzierung von Entlastungspaketen für ärmere Haushalte.

Demgegenüber ist der Wille der politischen Entscheidungsträger:innen für eine substanzielle Reduktion der Vermögensungleichheit, Formen der Wiederaneignung und der demokratischen Kontrolle nur gering ausgeprägt. Ein Grund dafür sind wohl die mannigfachen Möglichkeiten der Einflussnahme von Vermögenden im wirtschafts-politischen Diskurs und der sich daraus ergebenden Maßnahmensetzung. Hegemonie über Narrative und Diskurshoheit wird über das Finanzieren von Denkfabriken, Eigentum an Massenmedien, gezielte Parteispenden bzw. aktives Netzwerken und Lobbyieren geschaffen. Eine zu große private Eigentumskonzentration erhöht die Möglichkeit für einige Wenige strukturelle Macht auszuüben, politische Ambitionen zu bestärken oder – wie im Fall von vermögensbezogenen Steuern – zu verhindern. Eine zuletzt vermehrt diskutierte Obergrenze für Überreichtum und eine Stärkung des Öffentlichen könnte diese demokratische Schiefelage demgegenüber zumindest eingrenzen.

Der kritischen Forschung kommt in der wiederaufkeimenden politischen Debatte rund um mögliche Strategien gegen Überreichtum eine zentrale Rolle zu. Durch ihre Analysen ermöglicht sie es politischen und sozialen Akteur:innen, treffsichere Strategien und Lösungsvorschläge zu entwickeln. Kritische Forschung, die ebenso wie die weiter oben erwähnten politischen Initiativen, die Frage des Eigentums (wieder) ins Zentrum stellt, hilft dabei, sich nicht nur mit den Folgen von Überreichtum und sozialer Ungleichheit auseinanderzusetzen, sondern deren Ursachen zu thematisieren. In Deutschland hat sich rund um den Sonderforschungsbereich (SFB) „Strukturwandel des Eigentums“ in den letzten Jahren bspw. ein zentraler Forschungsverbund formiert, der u.a. sozial- und wirtschaftswissenschaftliche, aber auch historische und rechtliche Aspekte des Eigentums untersucht. Aber auch außerhalb dieses SFB widmet sich immer mehr kritische Forschung in Österreich wie Deutschland den Fragen des Überreichtums und des Privateigentums, was auch Niederschlag in den öffentlichen Debatten findet. So hat sich in Österreich im Herbst 2022 die 4. Reichtumskonferenz die Frage nach dem „Was tun?“ gestellt. Wissenschaftler:innen sowie Akteur:innen aus Politik und Verwaltung, NGOs und sozialen Bewegungen analysierten also nicht nur den IST-Zustand sozialer Ungleichheit, sondern auch mögliche Strategien gegen Überreichtum. Formen der Wiederaneignung, der Stärkung gesellschaftlichen Eigentums und der demokratischen Kontrolle standen auch hier im Zentrum der Debatte.

Wir freuen uns sehr, dass wir für diese Ausgabe des Kurswechsel einige zentrale Impulsgeber:innen aus der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung gewinnen konnten. Das Heft startet mit einem Beitrag der Soziologin *Silke van Dyk* über die politische Ökonomie des Eigentums. Van Dyk ortet eine mehrfache Engführung der Verteilungsfrage im politischen Diskurs in Deutschland und Österreich: die De-The-

matisierung der Vermögensverhältnisse, der dominante Fokus auf Einkommen, die Tabuisierung der Umverteilung von unten nach oben, sowie die Entkopplung von Verteilungs- und Machtfragen. In all diesen Bereichen skizziert sie allerdings auch Möglichkeiten, um die Konzentration von Überreichtum und Eigentum grundlegend zu thematisieren und sozialpolitisch zu adressieren. Eine besondere Rolle in ihrer Analyse spielen dabei die Wiederaneignung und der Aufbau von Formen kollektiven Eigentums.

Auch der Beitrag von *Gisela Notz* widmet sich alternativen Vorschlägen zum Eigentum in Privathand. Notz konstatiert zu Beginn ihres Beitrags, dass viele Menschen heutzutage unzufrieden mit der herrschenden Wirtschaftsordnung sind, die die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklaffen lässt. Sie wären auch unzufrieden, dass sie auf die Bedingungen und die Verwendung ihrer Arbeitskraft und deren Produkte zu wenig oder gar keinen Einfluss haben. Durch die Arbeit in selbstverwalteten Betrieben und Projekten erhoffen sich daher manche mehr Egalität, Teilhabe und Solidarität, indem sie im Hier und Jetzt mit alternativen Lebens- und Arbeitsformen beginnen. Notz skizziert die Strukturen der Selbstverwaltung und wie diese dazu beitragen können, der Macht- und Vermögenskonzentration entgegenzuwirken, privates Eigentum an Betrieben, Häusern und Wohnungen zu vergesellschaften oder zumindest in die Hände von Kollektiven geben, die nicht auf Profit ausgerichtet sind, und immer weitere Kreise zu erreichen, bis das „gute Leben“ für möglichst Viele erreicht ist.

Patrick Mokre und *Michael Ertl* erörtern in ihrem Beitrag die Potenziale, aber auch die Grenzen von Vermögenssteuern als Maßnahme gegen Überreichtum und Eigentumskonzentration. Sie untersuchen verschiedene in Österreich präsentierte Vermögenssteuer-Modelle sowie den international diskutierten Vorschlag des bekannten Ungleichheitsforschers Thomas Piketty auf ihr potentiell Aufkommen und die Effekte auf soziale Ungleichheiten. Hierzu unterscheiden sie zwischen moderaten Modellen, deren Steuersatz hinter dem erwarteten jährlichen Vermögenszuwachs zurückbleibt, und konfiskatorischen Modellen, die das Vermögen der Reichsten mittelfristig reduzieren. Anhand einer Pyramide unterschiedlicher Vermögensfunktionen, von materieller Absicherung über Einkommensquelle bis zu politischer Macht, werden die Effekte solcher Vermögenssteuern untersucht. Die Autoren argumentieren, dass dieses Steueraufkommen zur Finanzierung von staatlichen und vergesellschafteten Alternativen zu privatem Eigentum, also zu einem öffentlichen Vermögen der Vielen, genutzt werden könnte und gleichzeitig die Demokratie gestärkt würde.

Katharina Mader beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit dem geschlechtsspezifischen Charakter von Überreichtum. Im Unterschied zu den Einkommensunterschieden zwischen Frauen und Männern blieben die Vermögensunterschiede lange Zeit unbeachtet. Mader argumentiert, dass aber gerade Vermögen ein wichtiger Indikator für den Wohlstand ist und dass das Vermögen zwischen Männern und Frauen noch ungleicher verteilt ist als das Einkommen. Der Gender Wealth Gap ist, Mader zufolge, ein Ausdruck ungleicher gesellschaftlicher Rollen, Normen und Strukturen ebenso wie ein Zeichen von Diskriminierung. Da die Vermögensakkumulation durch Ansparen von Einkommen oder – gerade bei großen Vermögen – durch Vermögenstransfers geschieht, hätten politische Anstrengungen zur Umverteilung unbezahlter Arbeit zwischen den Geschlechtern und zur Verringerung des Gender Pay Gaps auch positive Auswirkungen auf den Gender Wealth Gap. Nachdem aber Erbschaften wesentlich für die Erklärung

von Vermögensunterschieden sind und Männer deutlich mehr Vermögen erben als Frauen, komme auch Fragen der Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung eine zentrale Rolle bei der Reduktion von Geschlechterungleichheiten im Bereich der Vermögen zu.

Michaela Neumayr beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit dem Bild des „guten Reichen“, das zu einer Legitimation der Ungleichheitsverhältnisse beiträgt. Sie skizziert zunächst Ursachen für die zunehmende philanthropische Betätigung Reicher und zeigt dann aus unterschiedlichen Perspektiven auf, warum elitäre Philanthropie gesellschafts- und demokratiepolitisch problematisch ist. Als Grundlage eines Philanthrokapitalismus sieht Neumayr exorbitanten Überreichtum, gesetzlich verankerte Eigentumsrechte sowie gesellschaftliche Akzeptanz für Wohltätigkeit der Reichen. Anschließend werden Ansatzpunkte dafür dargestellt, wie die gesellschaftliche Rolle von Philanthropie gestaltet und das Bild der wohlthätigen Reichen in den richtigen Rahmen gerückt werden kann.

Aufgrund der steigenden Druckkosten verzichtet die Redaktion des *Kurswechsel* in dieser Ausgabe auf ein Debattenforum.

Anmerkungen

- 1 Für diese Ausgabe war ein Beitrag zu „digitalen Eigentumsverhältnissen“ und den Potenzialen von „digital commons“ geplant, der leider sehr kurzfristig ausgefallen ist.
- 2 Angesichts ihrer großen Aufmerksamkeit hätten wir natürlich auch gern einen Beitrag zur „Deutsche Wohnen & Co enteignen“-Kampagne abgedruckt, dieser ist uns allerdings ebenfalls leider sehr kurzfristig ausgefallen.